

Pro Militia

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR EINE VERFASSUNGSMÄSSIGE UND GLAUBWÜRDIGE SCHWEIZER MILIZARMEE
PUBLICATION INDÉPENDANTE DÉFENDANT UNE ARMÉE DE MILICE CRÉDIBLE ET FIDÈLE À LA CONSTITUTION
PERIODICO INDIPENDENTE PER UN ESERCITO SVIZZERO DI MILIZIA CREDIBILE E CONFORME ALLA COSTITUZIONE

Verfassungsmässige Weiterentwicklung der Armee?

Ungenügende Vorlage zur Militärgesetzrevision

Simon Küchler

Die Armee XXI und der Entwicklungsschritt 2008/11 waren in den Bereichen Milizprinzip und Verteidigungsfähigkeit nicht verfassungskonform. Die sogenannte Weiterentwicklung der Armee (WEA) erfüllt die verfassungsmässigen Vorgaben noch weniger. Pro Militia hat deshalb die Vorlage zu einer grundlegenden Überarbeitung zurückgewiesen.

Verteidigungsauftrag

Nirgends wird so geflunkert, wie bei der Umsetzung des ersten verfassungsmässigen Auftrags der Armee, der Verteidigung. Da wird von Erhaltung einer «Kernkompetenz» gesprochen – was immer das heissen mag. Der vorgeschlagene Artikel 93 des geänderten Militärgesetzes (MG) würde lauten: «Die Armee ist so zu organisieren und auszurüsten, dass sie ihre Aufgaben jederzeit vollumfänglich erfüllen kann».

Wer behauptet, er könne mit zwei Mechanisierten Brigaden jederzeit den Verteidigungsauftrag vollumfänglich erfüllen, gaukelt dem Bürger etwas vor. Wer glaubt, er könne bei steigender Bedrohung durch einen Aufwuchs die fehlende Verteidigungsfähigkeit wieder aufbauen, erliegt einer Illusion. Eine unter dem Deckel gehaltene Studie des VBS zeigt, dass ein solcher Aufwuchs fünf Jahre bräuchte und zusätzlich 40 Milliarden Franken kostete.

Der Staatsrechtler Rainer J. Schweizer stellt deshalb in seinem Gutachten fest: «Der Verfassungsauftrag zur Verteidigung des Landes und der Bevölkerung verlangt eine reale Verteidigungskompetenz der Armee und/oder anderer kampffähiger/abwehrfähiger Organe». Er schreibt weiter: «Dies bedeutet, dass die Verteidigung des Landes

und der Bevölkerung mit allen der Armee zur Verfügung stehenden Mitteln erfolgen muss. Der Bezug bedeutet aber auch, dass die Armee – vorbehaltlich einer Verfassungsrevision – nicht vom Verteidigungsauftrag dispensiert werden kann».

Pro Militia verlangt, dass alle Kampftruppen für die Verteidigung ausgebildet und ausgerüstet werden, um damit den verfassungsmässigen Hauptauftrag zu erfüllen. Dies ist unerlässlich, da Bedrohungen sich rasch wandeln können.

Sicherungsaufträge

Art. 1 des vorgeschlagenen MG sieht ein umfangreiches Einsatzspektrum für subsidiäre Einsätze vor (siehe Kasten) und würde damit die klaren Vorgaben der Bundesverfassung verletzen, die solche Einsätze beschränkt auf Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der Inneren Sicherheit und auf Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen. Viele vorgesehene Sicherungseinsätze wären reine Entlastung der kantonalen Polizeikörper. Professor Rainer J. Schweizer schreibt dazu: «Die Zuständigkeit für die erforderlichen Massnahmen der öffentlichen Sicherheit obliegt allerdings nach Art. 57 Abs. 2 BV primär den Kantonen». Und: «Ein länger dauernder Einsatz von Truppen für Bewachungs- und Kontrollaufgaben vor Gebäuden bei normaler Sicherheitslage, anstelle der zuständigen kantonalen Polizei, ist unter den geltenden Verfassungs- und Völkerrechtsvorgaben nicht zulässig». Pro Militia verlangt die Beschränkung der subsidiären Sicherungseinsätze auf die verfassungsmässigen Vorgaben. Die für solche Einsätze vorgesehenen Truppen sind neben der Verteidigungsfähigkeit auch für diese verfassungsmässigen Zusatzaufgaben entsprechend auszubilden und auszurüsten.

Weitere Aufgaben?

Die Verfassung sieht vor, dass im Gesetz der Armee weitere Aufgaben zugewiesen werden können. Der vorgesehene Art. 1 MG erweckt den Eindruck, «die weiteren Aufgaben» würden als Blankovollmacht verstanden für faktisch uneingeschränkte Hilfseinsätze. Dem ist nicht so. Art. 52 MG beschränkt diese Hilfseinsätze zu Recht. Solche Aufgaben müssen

einen militärischen Charakter haben oder zumindest der militärischen Ausbildung dienen.

Professor Schweizer schreibt dazu: «Dabei wird nicht beachtet, dass [...] das 2004 verstärkte Subsidiaritätsprinzip von Art. 43a Bundesverfassung nicht dahin verstanden werden darf, dass Personalmangel in den Kantonen den dauernden Einsatz von Armeeingehörigen rechtfertigen liesse, sowie dass das Völkerrecht in den Menschenrechtsgarantien gegen die Zwangsarbeit dem Einsatz von Militärdienstpflichtigen zu nicht militärischen Zwecken Grenzen setzt». (Siehe Kasten «Europäische Menschenrechtskonvention»!)

Verfassungsmässigkeit!

Pro Militia fordert, dass der vorgeschlagene Art. 52 MG strikte eingehalten wird, und dass die Hilfseinsätze beschränkt werden auf militärische, bzw. auf solche mit einem militärischen Ausbildungsnutzen, wobei die Vorgaben der Europäischen Menschenrechtskonvention einzuhalten sind.

Pro Militia erwartet vom VBS, dass wegen dieser schwerwiegenden Mängel die Vorlage «Revision MG / WEA» von Grund auf überprüft wird. Die Verfassungsverletzungen der Armee XXI und des Entwicklungsschritts 2008/11 dürfen sich nicht wiederholen. Geschieht dies dennoch, so müsste ein Referendum gegen die Militärgesetz-Revision in Betracht gezogen werden.

Zitierte Sachverständige

- Gutachten von Prof. Dr. Dietrich Schindler vom 14. April 1999: «Verfassungsmässige Schranken für das Projekt Armee XXI»
- Gutachten von Prof. Dr. Rainer J. Schweizer vom 23. August 2010 «zu den verfassungs- und völkerrechtlichen Anforderungen an die Verteidigungskompetenz der Armee, und das zukünftige Leistungsprofil sowie zu ausgewählten Fragen der Militärdienstpflicht»
- Dissertation von Dr. iur Gerhard M. Saladin, Zürich 2012: «Der verfassungsrechtliche Grundsatz des Milizprinzips der Schweizer Armee»

Rechtsgrundlagen

Bundesverfassung

Art. 58 Armee

- Die Schweiz hat eine Armee. Diese ist grundsätzlich nach dem Milizprinzip organisiert.
- Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung. Sie unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen. Das Gesetz kann weitere Aufgaben vorsehen.
- Der Einsatz der Armee ist Sache des Bundes.

Militärgesetz (Revisionsvorschlag)

Art. 1:

- Die Armee hat folgende Aufgaben:
 - Sie dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens.
 - Sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung.
 - Sie unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen.
 - Sie wahrt die schweizerische Lufthoheit.
 - Sie leistet Beiträge zur Friedensförderung im internationalen Rahmen.
- Sie kann zudem für folgenden Aufgaben eingesetzt werden
 - Unterstützung ziviler Behörden im Inland:
 - beim Schutz von Personen und besonders schutzwürdigen Sachen, insbesondere von Infrastrukturen, die die Verfügbarkeit von lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen wie Energie, Kommunikation und Verkehr sicherstellen,
 - im Rahmen der koordinierten Dienste,
 - bei der Erfüllung anderer Aufgaben von nationaler Bedeutung,
 - bei der Bewältigung von Spitzenbelastungen und bei fehlenden Fähigkeiten;
 - Unterstützung ziviler Behörden im Ausland beim Schutz von Personen und besonders schutzwürdigen Sachen und bei humanitären Hilfeleistungen;
 - Hilfeleistung bei zivilen oder ausserdienstlichen Tätigkeiten im Inland.

Europäische Menschenrechtskonvention

Artikel 4: Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit

- Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden.
- Niemand darf gezwungen werden, Zwangs- oder Pflichtarbeit zu verrichten.
- Nicht als Zwangs- oder Pflichtarbeit im Sinne dieses Artikels gilt
 - eine Arbeit, die üblicherweise von einer Person verlangt wird, der unter den Voraussetzungen des Artikels 5 die Freiheit entzogen oder die bedingt entlassen worden ist;
 - eine Dienstleistung militärischer Art oder eine Dienstleistung, die an die Stelle des im Rahmen der Wehrpflicht zu leistenden Dienstes tritt, in Ländern, wo die Dienstverweigerung aus Gewissensgründen anerkannt ist;
 - eine Dienstleistung, die verlangt wird, wenn Notstände oder Katastrophen das Leben oder das Wohl der Gemeinschaft bedrohen;
 - eine Arbeit oder Dienstleistung, die zu den üblichen Bürgerpflichten gehört.

Inhaltsverzeichnis Table des matières Indice

Verfassungsmässige Weiterentwicklung der Armee?	1
Le développement de l'armée est-il conforme à la Constitution?	2
Leçons du vote du 22 Septembre 2013	3
Nouveau concept de stationnement de l'armée	3
Evoluzione dell'esercito conforme alla Costituzione?	4
Sezione della Svizzera Italiana / Storia militare/Tiro del veterano	5
Neues Stationierungskonzept der Armee	5
Pro Militia: Vernehmlassungsantwort zur Militärgesetzgebung	6
Randbemerkung	6
Buchempfehlungen	7
Impressum	8
Werden Sie Mitglied! / Devenez membre! / Diventate soci!	8

Le développement de l'armée est-il conforme à la Constitution?

Des bases insuffisantes pour réviser la loi sur l'armée et l'administration militaire

Simon Küchler

La réforme Armée XXI et l'Etape de développement 2008/11 n'étaient pas conformes à la Constitution au niveau du respect du principe de milice et de l'aptitude à la défense. Le projet appelé Développement de l'Armée (DEVA) l'est encore moins. Pro Militia l'a de ce fait renvoyé à l'expéditeur en priant de remettre l'ouvrage sur le métier.

La mission de défense

Il n'est de domaine où l'on se permet de tirer autant par les cheveux un concept que dans celui de la défense, première mission de l'armée selon la Constitution fédérale. On parle alors de maintenir une certaine capacité de base – peu importe ce que l'on entend par là. L'article 93 de la proposition de loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM) est formulé comme suit: «L'armée doit être organisée et équipée afin d'être en mesure d'accomplir ses missions pleinement et en tout temps». Celui qui prétend être en mesure de répondre pleinement et en tout temps à la mission de défense en disposant des seules deux brigades blindées prévues se moque du citoyen. Affirmer que l'on pourrait, en cas d'élévation de la menace, augmenter l'aptitude à la défense en montant en puissance relève du rêve éveillé. Une étude du Département de la Défense (DDPS),

précieusement tenue à couvert, démontre qu'une telle montée en puissance nécessiterait 5 années et coûterait 40 milliards de francs supplémentaires.

Le professeur Rainer J. Schweizer, éminent spécialiste du droit constitutionnel, considère dans son analyse que: «La mission de défense du pays et de sa population inscrite dans la Constitution implique une compétence réelle de l'armée en matière de défense et/ou d'autres organes aptes au combat et à la défense». Il affirme plus loin: «Cela signifie que la défense du pays et de la population doit être assurée par tous les moyens dont dispose l'armée et implique également que l'armée – sauf modification de la Constitution – ne peut être dispensée ou relevée de sa mission de défense». Pro Militia exige de ce fait et pour que la mission principale inscrite dans la Constitution soit respectée que toutes les troupes combattantes soient instruites et équipées pour la défense. Cela est indispensable et prend en compte des formes de menace qui peuvent évoluer très rapidement.

Les engagements de sûreté

L'article premier de la Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM) proposée fait état

d'une riche palette d'engagements possibles dans le cadre des engagements subsidiaires (voir table annexe) et bouscule ainsi clairement les principes contenus dans la Constitution fédérale (article 58, alinéa 2), laquelle limite de tels engagements à la nécessité de faire face à une grave menace ou à d'autres situations d'exception. Une bonne part des engagements subsidiaires de sûreté prévus ne consistent en fait qu'à soulager les corps de police cantonaux.

Le professeur Schweizer écrit à ce sujet: «La responsabilité des mesures à prendre en matière de sécurité publique relève prioritairement du ressort des cantons» et: «un engagement de longue durée de troupes pour assumer, en lieu et place des organes de police cantonaux, des devoirs de surveillance et de contrôle devant certains bâtiments n'est pas acceptable en regard du respect de la Constitution et de la Convention des droits de l'homme». Pro Militia demande que l'on réduise les engagements subsidiaires de sûreté à ce qui est inscrit dans la Constitution. Les troupes prévues pour assumer de tels engagements à côté de leur mission primaire de défense doivent être instruites et équipées en conséquence.

D'autres tâches?

La Constitution mentionne (Article 58, alinéa 2) que d'autres tâches dévolues à l'armée peuvent être prévues par la loi. L'article premier de la LAAM en gestation donne l'impression que la notion «d'autres tâches» est interprétée comme une sorte de chèque en blanc pour toutes sortes d'engagements d'appui. Cela est parfaitement incongru. L'article 52 de la LAAM limite pour de bonnes raisons les engagements d'appui. De tels engagements doivent avoir un caractère militaire ou, pour le moins, servir à l'instruction militaire. Le professeur Schweizer écrit à ce sujet: «En l'occurrence, on ne tient pas compte du fait que (...) le renforcement du principe de subsidiarité inscrit en 2004 dans l'article 43a de la LAAM ne peut être interprété comme une possibilité de parer au manque de personnel dans les cantons par l'engagement de longue durée de militaires. Une telle pratique s'inscrit en parfaite contradiction avec la Convention européenne sur les droits de l'homme, un texte qui interdit le travail obligatoire et limite clairement l'engagement de militaires astreints au service obligatoire dans le cadre d'autres tâches que militaires.» (voir table sur la Convention des droits de l'homme annexée).

Respecter la Constitution!

Pro Militia exige que l'article 52 de la nouvelle LAAM soit strictement respecté et que les aides subsidiaires se limitent au domaine militaire, respectivement à des engagements utiles à la formation militaire tout en respectant les règles établies par la Convention européenne des droits de l'homme.

Pro Militia attend du DDPS qu'en raison des graves faiblesses qu'elle comporte le projet de Développement de l'armée (DEVA) soit retravaillé, revu et corrigé. Les atteintes à la Constitution dans le cadre de la Réforme Armée XXI et de l'Etape de développement 2008/11 ne doivent pas se répéter. S'il s'y refusait, le lancement d'un referendum contre la révision de la LAAM devra être envisagé.

Simon Küchler a été officier de milice jusqu'au grade de brigadier, puis 4 années commandant de la Division de montagne 9 et 5 ans à la tête du Corps d'armée de montagne 3. Il a représenté en tant qu'officier de milice pendant 10 années la Société Suisse des Officiers auprès de l'Office central de la défense.

Bases juridiques

Constitution fédérale

Art. 58 Armée

- 1 La Suisse a une armée. Celle-ci est organisée essentiellement selon le principe de l'armée de milice.
- 2 L'armée contribue à prévenir la guerre et à maintenir la paix; elle assure la défense du pays et de sa population. Elle apporte son soutien aux autorités civiles lorsqu'elles doivent faire face à une grave menace pesant sur la sécurité intérieure ou à d'autres situations d'exception. La loi peut prévoir d'autres tâches.
- 3 La mise sur pied de l'armée relève de la compétence de la Confédération.

Propositions concernant la loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM)

Art. 1:

- 1 Les tâches de l'armée sont les suivantes:
 - a) l'armée sert à prévenir la guerre et contribue au maintien de la paix;
 - b) elle assure la défense du pays et de sa population;
 - c) elle soutient les autorités civiles lorsqu'elles doivent faire face à des menaces graves contre la sécurité intérieure ou maîtriser d'autres situations extraordinaires;
 - d) elle sauvegarde la souveraineté sur l'espace aérien suisse;
 - e) elle contribue à la promotion de la paix sur le plan international.
- 2 Elle peut en outre être engagée pour les tâches suivantes:
 1. dans la protection de personnes et de biens particulièrement dignes de protection, en particulier les infrastructures qui assurent l'approvisionnement en biens et services d'importance vitale comme l'énergie, la communication et les transports,
 2. dans le cadre des services coordonnés,
 3. dans l'accomplissement d'autres tâches d'importance nationale,
 4. dans la maîtrise de surcharges extrêmes et de manques de capacités;
 - b) le soutien aux autorités civiles à l'étranger dans la protection de personnes ou de biens particulièrement dignes de protection et dans l'aide humanitaire;
 - c) le soutien à des activités civiles ou hors du service en Suisse.

Convention européenne des droits de l'homme

Article 4: Interdiction de l'esclavage et du travail forcé

1. Nul ne peut être tenu en esclavage ni en servitude.
2. Nul ne peut être astreint à accomplir un travail forcé ou obligatoire.
3. N'est pas considéré comme «travail forcé ou obligatoire» au sens du présent article:
 - a) tout travail requis normalement d'une personne soumise à la détention dans les conditions prévues par l'article 5 de la présente Convention, ou durant sa mise en liberté conditionnelle;
 - b) tout service de caractère militaire ou, dans le cas d'objecteurs de conscience dans les pays où l'objection de conscience est reconnue comme légitime, à un autre service à la place du service militaire obligatoire;
 - c) tout service requis dans le cas de crises ou de calamités qui menacent la vie ou le bien-être de la communauté;
 - d) tout travail ou service formant partie des obligations civiles normales.

Les experts cités

- a) Expertise du Professeur Dr Dietrich Schindler du 14 avril 1999: Verfassungsmässige Schranken für das Projekt Armee XXI»
- b) Expertise du Professeur Dr Rainer J. Schweizer du 23 août 2010: «zu den verfassungs- und völkerrechtlichen Anforderungen an die Verteidigungskompetenz der Armee, und das zukünftige Leistungsprofil sowie zu ausgewählten Fragen der Militärdienstpflicht»
- c) Travail de doctorat du Dr. Iur Gerhard M. Saladin, DIKE-Verlag Zürich 2012: «Der verfassungsrechtliche Grundsatz des Milizprinzips der Schweizer Armee»

Changements d'adresse

Appel à nos lecteurs

Après l'expiration de l'ordre pour faire suivre votre courrier, La Poste nous renvoie votre exemplaire du journal Pro Militia sans indiquer votre nouvelle adresse. Veuillez donc indiquer votre changement d'adresse par E-mail ou courrier à l'adresse figurant à l'impression (à la page 8 en-bas)!

Vous vous assurez ainsi la bonne réception de votre journal Pro Militia.

(red.)

Que veut Pro Militia?

Pro Militia est une association regroupant des militaires anciennement ou présentement incorporés dans l'armée ainsi que des citoyennes et des citoyens, tous soucieux de contribuer selon leurs forces à l'accomplissement des tâches de l'Etat et de la société comme stipulé à l'article 6 de la Constitution fédérale. Les uns et les autres s'engagent en faveur de la sécurité extérieure et intérieure de notre pays et donc pour une armée de milice fidèle à la Constitution, apte à faire face aux menaces de ce temps, crédible et financée à hauteur de ses responsabilités.

La raison d'être de notre association est principalement de garantir la parution du journal «Pro Militia», un organe indépendant publié en trois langues.

www.promilitia.ch

Besuchen Sie die Internetseite!

Visitez le site internet!

Visitate il sito internet!

Leçons du 22 septembre 2013

Le vote du 22 septembre, malgré les légitimes inquiétudes qu'il suscitait initialement, a donné le résultat que l'on sait. Un NON sans appel à la proposition du GSSa de rendre la milice volontaire.

Pas un seul canton dissident et des scores largement négatifs ont prouvé que les clivages annoncés n'existaient pas: les Romands ne s'y sont pas plus laissés prendre que les Alémaniques; les jeunes ont joué le jeu malgré leur intérêt à court terme de ne pas faire leur service; les femmes ont voté presque comme les hommes alors qu'elles sont, à première vue, moins concernées. Grâce à ce scrutin, nous avons acquis quelques certitudes: les Suisses veulent toujours d'une armée plutôt que de déléguer leur défense à des forces externes ou à des mercenaires internes; ils sont attachés à l'esprit de milice; ils pensent que le service au pays est un devoir, donc une obligation et non pas une tâche accessoire dont il serait possible à chacun de se défausser. Ce sont-là des positions fondamentales sur lesquelles il est urgent de capitaliser

car, à peine ce succès était-il engrangé, qu'un nouveau défi arrivait avec le référendum contre l'achat de nouveaux avions de combat. Sur ce nouveau sujet, les défenseurs d'une armée crédible seront plus à la peine de convaincre puisque le peuple ne votera pas sur un système de valeurs mais sur un objet concret: de l'argent à investir, un avion à choisir, des missions à remplir.

Comme toujours, nos adversaires vont tenter de nous enfermer dans un débat quantitatif: de combien d'avions l'armée a-t-elle besoin, si tant est qu'elle en ait besoin? Combien de millions/milliards cela doit-il coûter? Que pourrait-on faire de plus utile avec une telle somme? Bien sûr, les responsables de la campagne devront répondre à tout cela de façon claire et intelligible pour ne laisser aucun avantage à l'adversaire sur ce terrain. Ce d'autant qu'il semble possible de prouver qu'un tel achat est quasiment une opération neutre grâce aux échanges de prestations.

Mais il ne faudra en aucun cas se laisser enfermer dans cette problématique numérique car, une fois encore, c'est sur les principes que

nous gagnerons. Il s'agira donc de marteler qu'un pays n'est souverain que s'il a une armée et qu'une armée n'est crédible que si elle est capable de surveiller son espace aérien. Le peuple est convaincu de la première proposition mais il faudra le persuader que la seconde est aussi vraie. Car, outre de savoir si les Gripen permettront une couverture réellement dissuasive et s'ils sont les bons avions pour cette tâche, les citoyens voudront savoir si les nouvelles menaces peuvent vraiment venir du ciel? Or la question des menaces, et donc des missions de l'armée, a été absente du débat lié au vote du 22 septembre et c'est bien dommage. Car, à chasser ce sujet délicat par la porte, voilà qu'il rentre par la fenêtre. Quelle est le rôle de l'armée, subsidiaire ou principal, dans un système de sécurité crédible face aux dangers les plus probables, voilà la principale réponse qu'attend la population!

Marie-Hélène Miauton,
journaliste et chroniqueuse.
mh.miauton@bluewin.ch

Pro Militia

73 Pourcent Non à l'initiative des liquidateurs de l'armée contre l'obligation de servir

Communiqué de presse du 22 septembre 2013

Pro Militia exprime sa reconnaissance au corps électoral suisse pour son attachement à l'obligation de servir et exige des améliorations concrètes et rapides dans les domaines de l'instruction et de l'état de préparation!

L'Association Pro Militia est reconnaissante au corps électoral suisse de son attachement clair à l'armée de milice et à l'obligation de servir. Elle remercie en particulier les citoyennes et citoyens qui se sont engagés personnellement et financièrement pour un NON à l'initiative contre la sécurité des liquidateurs de l'armée.

Pro Militia demande instamment au Conseil fédéral de revoir complètement la révision proposée de la Loi fédérale sur l'armée et l'admi-

nistration militaire (Loi sur l'armée) et du prétendu «développement de l'armée» (DEVA/WEA). La base financière doit s'appuyer sur un plafonnement de dépenses d'au minimum 5 milliards de francs.

Le Département de la Défense (DDPS) doit en toute première priorité s'appliquer à corriger les faiblesses depuis longtemps dénoncées entraînées par la Réforme Armée XXI dans les domaines de l'instruction (Ecoles de recrues et de cadres), de l'équipement (combler les lacunes) et de l'état de préparation (mobilisation). Il n'est pas nécessaire pour cela de modifier la Loi sur l'armée mais de faire preuve de volonté politique aussi bien de la part du Conseil fédéral que de celle de la direction du DDPS et de l'armée.

Département fédéral de la défense

Nouveau concept de stationnement de l'armée

Selon le concept de stationnement approuvé par le Conseil fédéral, l'armée devra renoncer à un tiers de son parc immobilier. Le cadre est déterminé par les valeurs de références que le Parlement a adoptées le 29 septembre 2011. Compte tenu des critères militaires et économiques et d'une présence de l'armée dans les régions, le projet élaboré permet de respecter au mieux toutes les conditions fixées.

Le 29 septembre 2011, les Chambres fédérales ont fixé par arrêté fédéral l'effectif réglementaire de l'armée (100 000 militaires) et le plafond des dépenses (5 milliards de francs par année). Le Conseil fédéral a confirmé ces valeurs (5 milliards de francs dès 2016). Afin de res-

pecter ces critères et de garder suffisamment de ressources pour les investissements et le fonctionnement de l'armée, des économies considérables s'imposent. Le secteur de l'immobilier sera tout particulièrement touché, puisqu'il permet une réduction importante des frais annuels d'exploitation et de maintenance. Le parc immobilier doit donc être réduit de plus d'un tiers.

Le choix des emplacements maintenus a été guidé par des considérations militaires, mais aussi économiques. Les conséquences régionales ont été prises en compte. La priorité a été donnée aux sites requis pour un engagement conforme à la doctrine et à ceux qui s'imposent pour des raisons d'instruction. Le projet a bien sûr examiné les frais de location, le coût

de la maintenance, la nécessité de rénover et d'assainir. Il a également tenu compte des immissions fréquemment imputables à l'activité de l'armée. En dépit des coupes budgétaires, le DDPS est parvenu à mettre en œuvre les directives et à trouver un équilibre entre les régions. Les autorités cantonales concernées ont été étroitement associées à l'élaboration des solutions.

Le concept de stationnement prévoit de renoncer à un grand nombre d'installations souterraines classifiées, dans toute la Suisse. Cette suppression fait l'objet d'un autre message soumis au Parlement en parallèle à la modification de la loi sur l'armée. En outre, l'armée renoncera aux bases aériennes de Sion, Buochs et Dübendorf. Il faut préciser que sur ces deux dernières,

l'activité militaire a déjà été réduite (sleeping bases), et que Dübendorf sera partiellement maintenue en tant que base pour hélicoptères. Par ailleurs, l'armée renoncera aux places d'armes de Fribourg, Genève, Moudon, Lyss et St-Maurice, de même qu'aux cantonnements et places de tir du Glauenberg, de Brigels et de Gluringen.

La mise en œuvre du concept de stationnement permettra ainsi d'achever des processus de fermeture déjà commencés dans des réformes précédentes.

Répercussions sur les emplois

Le concept de stationnement a une influence directe sur environ 300 emplois. Comme sa concrétisation

prendra plusieurs années, il est possible de tabler sur une réduction des postes par le biais de la fluctuation naturelle. Pour certains postes, le lieu de travail sera déplacé.

Prochaines étapes

Les cantons donneront leur avis sur le concept d'ici fin janvier 2014. Ensuite, le concept sera adapté dans la mesure du possible. La version définitive sera soumise au Conseil fédéral en même temps que le message sur la modification des bases légales en lien direct avec le développement de l'armée.

Dipartimento federale della difesa

Nuovo Concetto relativo agli stazionamenti dell'esercito

Il Concetto relativo agli stazionamenti approvato dal Consiglio federale prevede che in futuro l'esercito dovrà rinunciare a un terzo degli immobili. I parametri fondamentali del decreto del Parlamento del 29 settembre 2011 hanno costituito le relative condizioni quadro. Tenendo conto dei criteri militari ed economico-aziendali nonché di un buon radicamento regionale dell'esercito, è stato elaborato un progetto nel quale sono stati considerati in maniera ottimale tutti i criteri.

Il 29 settembre 2011 le Camere federali hanno stabilito in un decreto federale che in futuro l'esercito avrebbe avuto un effettivo regolamentare di 100 000 militari e beneficiato di un limite di spesa annuo di 5 miliardi di franchi. Questi va-

lori sono stati confermati dal Consiglio federale (5 mia. dal 2016). Per rispettare questi criteri e disporre di risorse sufficienti per gli investimenti e l'esercizio sono necessari importanti risparmi. Entrano segnatamente in considerazione gli immobili, poiché generano annualmente notevoli costi di manutenzione e d'esercizio. Per questo motivo il parco immobiliare odierno dev'essere ridotto di oltre un terzo. Per stabilire le future ubicazioni dell'esercito si è tenuto conto in primo luogo dei criteri militari, di quelli economico-aziendali e delle ripercussioni degli stazionamenti a livello regionale. In tale contesto, è stata attribuita la priorità al criterio della necessità degli immobili in questione per un impiego conforme alla dottrina e per l'istruzione, ma anche ai costi di manutenzione e di

locazione nonché al fabbisogno di rinnovamento. Si è inoltre tenuto conto delle immissioni spesso legate alle attività militari. Nonostante le considerevoli riduzioni del budget, il DDPS è riuscito a concretizzare i criteri e a considerare tutte le regioni in modo equilibrato. Per elaborare le proposte di soluzione il DDPS ha collaborato strettamente con i Cantoni interessati.

Secondo l'attuale progetto di Concetto relativo agli stazionamenti è necessario rinunciare a numerosi impianti sotterranei classificati in tutta la Svizzera. La chiusura di questi impianti classificati sarà sottoposta al Parlamento con un messaggio separato, contemporaneamente alla modifica della legge militare. Inoltre si rinuncerà all'aerodromo militare di Sion. Si rinuncerà parimenti agli aerodromi di

Buochs e di Dübendorf, che già oggi sono utilizzati in misura ridotta (sleeping bases). In futuro Dübendorf ospiterà soltanto un'elibase. Si rinuncerà altresì alle piazze d'armi di Friburgo, Ginevra, Moudon, Lyss e St-Maurice come pure agli alloggi e alle piazze di tiro di Glauenberg, Brigels e Gluringen. Con l'attuazione del Concetto relativo agli stazionamenti saranno pertanto realizzate chiusure previste da lungo tempo nell'ambito di precedenti riforme dell'esercito.

Ripercussioni sui posti di lavoro

Il progetto provvisorio di Concetto relativo agli stazionamenti ha un influsso diretto su circa 300 posti di lavoro. Poiché l'attuazione del Concetto si estenderà sull'arco di vari

anni, si potrà ottenere la necessaria riduzione dei posti di lavoro grazie alla fluttuazione naturale del personale. Inoltre, dopo l'attuazione vi saranno collaboratori che lavoreranno presso un'altra sede.

Procedura ulteriore

I Cantoni potranno esprimersi sull'attuale progetto di Concetto relativo agli stazionamenti fino alla fine di gennaio 2014. In seguito il Concetto sarà, per quanto possibile, adeguato. La versione definitiva sarà trattata dal Consiglio federale unitamente al Messaggio concernente la modifica delle basi legali per l'ulteriore sviluppo dell'esercito.

Un'ulteriore evoluzione dell'esercito conforme alla Costituzione?

Insufficienze del progetto di revisione della legge militare

Simon Küchler

Per quanto concerne gli aspetti principio di milizia e capacità di difesa, Esercito XXI e la fase di sviluppo 2008/11 non erano conformi alla Costituzione. Il cosiddetto «ulteriore sviluppo dell'esercito (USEs)» rispetta ancora meno i criteri costituzionali. Pro Militia ha pertanto respinto il progetto legislativo, chiedendo che sia integralmente rielaborato.

Compito di difesa

Riguardo a nessun altro aspetto si raccontano tante favole come nel caso della concretizzazione del primo compito costituzionale dell'esercito, la difesa. In tale ambito si parla del mantenimento di una «competenza fondamentale» – qualunque cosa possa significare. Il tenore dell'articolo 93 dell'avamprogetto di modifica della legge militare recita: «L'esercito è organizzato e equipaggiato in modo da consentirgli di: a. *adempiere integralmente in ogni momento i suoi compiti* [...]».

Chi afferma di poter adempiere integralmente in ogni momento il compito di difesa con due brigate meccanizzate illude i cittadini. Chi, in caso di aggravamento della minaccia, crede di poter riacquisire mediante un potenziamento le capacità mancanti in materia di difesa è vittima di un'illusione. Uno studio tenuto segreto dal DDPS indica che un simile potenziamento richiederebbe cinque anni e costerebbe 40 miliardi di franchi supplementari. Il professore di diritto costituzionale Rainer J. Schweizer afferma pertanto nella sua perizia: «*Il compito costituzionale di difendere il Paese e la sua popolazione richiede una reale competenza di difesa*

dell'esercito e/o di altri organi con capacità in materia di combattimento/difesa». Aggiunge inoltre: «Ciò significa che la difesa del Paese e della sua popolazione deve avvenire con tutti i mezzi a disposizione dell'esercito. Il riferimento costituzionale implica però anche che l'esercito – fatta salva una revisione della Costituzione – non può essere dispensato dal compito di difesa.»

Pro Militia esige che tutte le truppe da combattimento siano istruite ed equipaggiate per la difesa, allo scopo di adempiere il compito principale stabilito dalla Costituzione. Ciò è indispensabile, poiché le minacce possono evolvere rapidamente.

Compiti di sicurezza

L'articolo 1 dell'avamprogetto di modifica della legge militare prevede un'ampia gamma di impieghi sussidiari (cfr. riquadro), violando quindi le chiare direttive della Costituzione federale, che limita tali impieghi alla difesa da gravi minacce alla sicurezza interna e alla gestione di altre situazioni straordinarie. Molti degli impieghi di sicurezza previsti costituirebbero un puro e semplice sgravio dei corpi di polizia cantonali.

Il professor Rainer J. Schweizer afferma al riguardo: «*Secondo l'articolo 57 capoverso 2 della Costituzione federale, la competenza per le misure necessarie in materia di sicurezza pubblica appartiene tuttavia in primo luogo ai Cantoni». E aggiunge: «In situazione normale, alle condizioni costituzionali e di diritto internazionale vigenti un impiego di truppe di lunga durata per compiti di guardia e controllo davanti a edifici in luogo della*

competente polizia cantonale non è lecito.»

Pro Militia chiede di limitare gli impieghi di sicurezza sussidiari a quanto previsto dalle direttive costituzionali. Le truppe previste per simili impieghi, oltre che disporre della capacità di difesa, devono essere adeguatamente istruite ed equipaggiate per questi compiti costituzionali supplementari,

Altri compiti?

La Costituzione prevede che la legge possa assegnare all'esercito altri compiti. L'avamprogetto di nuovo articolo 1 della legge militare suscita l'impressione che gli altri compiti siano intesi come una procura in bianco per impieghi d'aiuto praticamente illimitati. Ma non è così. Tali compiti devono avere un carattere militare o almeno essere utili all'istruzione militare.

Il professor Schweizer scrive al riguardo: «*In tale contesto, non si considera che [...] il principio di sussidiarietà di cui all'articolo 43 della Costituzione federale, rafforzato nel 2004, non può essere interpretato nel senso che la carenza di personale nei Cantoni giustifichi l'impiego permanente di militari e che, per quanto riguarda le garanzie in materia di diritti dell'uomo contro il lavoro forzato, il diritto internazionale pone limiti all'impiego di soldati per scopi non militari». (Cfr. riquadro «Convenzione europea per la salvaguardia dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali»)*

Conformità alla Costituzione!

Pro Militia esige che il proposto articolo 52 della legge militare sia ri-

gorosamente rispettato e che gli impieghi d'aiuto siano limitati agli impieghi di carattere militare o utili all'istruzione militare e che in tale contesto sia osservata la Convenzione europea per la salvaguardia dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali.

Pro Militia si aspetta dal DDPS che in ragione di queste gravi carenze il progetto legislativo «Revisione della legge militare/USEs» sia integralmente riesaminato. Le violazioni della Costituzione avvenute nel quadro di Esercito XXI e della fase di sviluppo 2008/11 non devono ripetersi. Qualora ciò dovesse accadere, occorrerebbe considerare il lancio di un referendum contro la revisione della legge militare.



Simon Küchler è stato ufficiale di milizia fino al grado di brigadiere, successivamente è stato per 4 anni comandante della divisione di montagna 9 e per 7 anni comandante del corpo d'armata di montagna 3. Nella sua funzione di milizia è stato per dieci anni membro del Consiglio della difesa in rappresentanza della Società svizzera degli ufficiali.

Basi legali

Costituzione federale

Art. 58 Esercito

- 1 La Svizzera ha un esercito. L'esercito svizzero è organizzato fondamentalmente secondo il principio di milizia.
- 2 L'esercito serve a prevenire la guerra e contribuisce a preservare la pace; difende il Paese e ne protegge la popolazione. Sostiene le autorità civili nel far fronte a gravi minacce per la sicurezza interna e ad altre situazioni straordinarie. La legge può prevedere altri compiti.
- 3 Soltanto la Confederazione ha il potere di disporre dell'esercito.

Proposta revisione della legge militare

Art. 1

- 1 L'esercito ha i compiti seguenti:
 - a. serve a prevenire la guerra e contribuisce a preservare la pace;
 - b. difende il Paese e ne protegge la popolazione;
 - c. appoggia le autorità civili nel far fronte a gravi minacce per la sicurezza interna e ad altre situazioni straordinarie;
 - d. salvaguarda la sovranità sullo spazio aereo svizzero;
 - e. fornisce contributi per il promovimento della pace in ambito internazionale.
- 2 Può inoltre essere impiegato per i compiti seguenti:
 - a. appoggio a favore di autorità civili in Svizzera:
 1. per la protezione di persone e di oggetti degni di particolare protezione, in particolare di infrastrutture che assicurano la disponibilità di beni e servizi vitali quali l'energia, le comunicazioni e i trasporti,
 2. nel quadro dei servizi coordinati,
 3. per l'adempimento di altri compiti d'importanza nazionale,
 4. per far fronte a sollecitazioni estreme e a carenze di capacità;
 - b. appoggio a favore di autorità civili all'estero per la protezione di persone e di oggetti degni di particolare protezione e nell'assistenza umanitaria;
 - c. aiuto a favore di attività civili o attività fuori del servizio in Svizzera

Convenzione europea per la salvaguardia dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali

Art. 4: Divieto di schiavitù e lavori forzati

1. Nessuno può essere tenuto in condizione di schiavitù o di servitù.
2. Nessuno può essere costretto a compiere un lavoro forzato o obbligatorio.
3. Non è considerato «lavoro forzato o obbligatorio» nel senso di questo articolo:
 - a) ogni lavoro normalmente richiesto ad una persona detenuta alle condizioni previste dall'articolo 5 della presente Convenzione o nel periodo di libertà condizionata;
 - b) ogni servizio di carattere militare o, nel caso di obiettori di coscienza nei paesi nei quali l'obiezione di coscienza è riconosciuta legittima, un altro servizio sostitutivo di quello militare obbligatorio;
 - c) ogni servizio richiesto in caso di crisi o di calamità che minacciano la vita o il benessere della comunità;
 - d) ogni lavoro o servizio che faccia parte dei normali doveri civili.

Ricordando

Brigadiere Andrea Rauch

Improvvisamente, lunedì 24 giugno, ci ha lasciati il brigadiere Andrea Rauch.

Ufficiale istruttore d'artiglieria ha potuto, grazie alle sue competenze, raggiungere il grado di brigadiere, comandando, con sua grande soddisfazione, la Brigata di fortezza 23 - la Brigata del San Gottardo. Professionalmente è stato per anni ufficiale istruttore alla Scuola reclute d'artiglieria del Monte Ceneri assumendone infine il comando. Uomo preciso, esigente, non incline a compromessi, estremamente competente nel suo campo. Nel contempo però comprensivo e benevolo nei confronti della truppa. Molti militi ticinesi, che hanno frequentato la Scuola reclute al Monte Ceneri, lo ricordano con piacere. Ha pure potuto far beneficiare delle sue capacità gli ufficiali che assolvevano le Scuole centrali e i corsi di Stato Maggiore Generale. Durante il mio periodo di comandante della Scuola reclute di fanteria di montagna di Airolo ho avuto

modo di apprezzare le sue doti di camerateria, spontanee e fuori dagli schemi ufficiali.

Dei tanti giorni di servizio passati assieme, ricordo con piacere quelli effettuati durante i corsi di Stato Maggiore Generale. Lavoro impegnativo e allo stesso tempo arricchente. Come allievi potevamo disporre di ufficiali ben preparati che stimolavano continuamente il capoclasse.

La sera di libera uscita la trascorrevamo assieme, in locali tranquilli, discutendo amichevolmente.

Ci siamo poi rivisti a Berna, impiegati tutti e due in Uffici federali.

Andrea ha poi avuto la fortuna di ritornare alla truppa.

Al termine della nostra attività ci siamo regolarmente frequentati, incontrandoci - lui sempre elegante - sia al mercato del sabato a Bellinzona che nelle serate regolari degli ufficiali istruttori pensionati.

Momenti sereni, di discussioni e rievocazioni di avvenimenti e persone che hanno accompagnato la nostra vita professionale.



Le sue ore libere le ha investite mettendo a disposizione le sue conoscenze per la creazione e l'allestimento dei forti del San Gottardo che, terminata la loro funzione di dissuasione militare, sono ora a disposizione di tutti coloro che si interessano alla nostra storia. Ora Andrea ha terminato il suo viaggio terreno.

Lo ricordiamo con affetto, ed esprimiamo alla moglie e ai figli il nostro commosso e affettuoso pensiero.

Pier Augusto Albrici, Colonnello di Stato maggiore generale.

Storia Militare

La posizione di artiglieria A 8154 di Mairano (Iragna 4) – Sponda destra fiume Ticino zona Biasca



Costruita sul territorio di Iragna questa posizione di artiglieria era destinata ad appoggiare con il suo fuoco eventuali combattimenti che si sarebbero sviluppati qualche chilometro più a sud sulla linea di resistenza denominata LONA (Lodrino – Oso-gna) costituita da numerosi bunker e fortini di fanteria e da un'impressionante ostacolo anticarro.

La linea difensiva denominata LONA è stata costruita per rispondere alla minaccia di attacchi di truppe aerotrasportate, riunite in seguito a rinforzi corazzati, con l'obiettivo di proseguire in direzione del San Gottardo.

La linea fortificata della LONA fu una delle risposte a questo pericolo. Si trattava di assicurare una posizione di predominanza, forte e ben difesa alle truppe confederate, per contrattaccare e impedire al nemico giunto alle porte di Bellinzona, un'ulteriore balzo in direzione della Leventina, con conseguenze cata-

strofiche per il Ticino e per il dispositivo difensivo del ridotto nazionale. Dopo una prima fase, nell'autunno del 1939, in seguito alla mobilitazione generale i cannoni restavano in posizione di campagna (una batteria di 4 pezzi di 7,5 cm).

L'artiglieria posta a nord è suddivisa in due distaccamenti: uno viene da subito posto sotto roccia, si tratta delle postazioni di San Martino e Santa Pietà, poste nei pressi delle omonime chiesette ai lati della valle. Mentre due batterie vengono sistemate in casematte in calcestruzzo, con i due pezzi ai lati estremi delle rispettive batterie sistemati sotto roccia nei settori denominati Mondascia a est, e Mairano a ovest. I sei pezzi del centro furono sistemati in casematte di calcestruzzo.

Verso la metà degli anni '70 la guarnigione delle opere è inglobata nella Brigata frontiera 9, con la denominazione di Gruppo Fortezza 9 (Cp. I/9 Mairano – Mondascia; Cp.

II/9 Lodrino – San Martino – Santa Pietà). La linea LONA è costituita da 23 fortini e da un'imponente costruzione ad ostacolo anticarro che sbarra la piana del fondovalle, e fu attiva con alterne vicende (quanto a struttura di comando, ordine di battaglia, armamento) fino al 1995.

Dal 1995, con la fine della guerra fredda, le opere della LONA sono stati completamente declassate e la Società Ticinese di Artiglieria si è adoperata per acquistare un fortino; appunto l'opera A8154 di Mairano. Un'operazione destinata a contribuire a mantenere vivo lo spirito della LONA, rispettivamente dare un contributo alla memoria storica di chi per anni ha prestato servizio nel Gruppo Fortezza 9.

L'opera A8154, ben camuffata nel terreno, un bunker in calcestruzzo armato di un'obice da 10,5, su affusto a leva, uno dei sei esemplari che costituivano lo sbarramento principale della Valle Riviera. A differenza delle altre opere smantellate che costituiscono la linea LONA, il bunker denominato A8154 è gestito da artiglieri, guardie delle fortificazioni ed ex militari del vecchio Gruppo Fortezza 9. Insomma tutta gente con l'artiglieria di fortezza nel DNA. Tutta gente in possesso del know how.

L'opera A8154 di proprietà della Società Ticinese di Artiglieria è regolarmente visitabile su appuntamento (minimo 10 persone).

Giorgio Piona, già membro del Gruppo Fortezza 9 (brigata frontiera 9).

Membro comitato Pro Militia, SSI.

Informazioni: giorgio.piona@ticino.com

Pro Militia – Sezione della Svizzera Italiana



Tiro del veterano 2013

Ogni anno, ritorna l'appuntamento settembrino del tiro del veterano. Il tiro si è recentemente svolto sul poligono di Ponte Brolla, organizzato da Pro Militia in collaborazione con il Circolo Ufficiali di Locarno, con il supporto dell'Unione tiratori Locarno. Il tiro del veterano ha richiamato ancora una volta i tiratori iscritti all'associazione Pro Militia, al Circolo ufficiali, all'ASSU Locarno e all'ASSU Bellinzona, i loro famigliari e amici della manifestazione di tiro militare.

La gara, cui hanno partecipato una buona sessantina di tiratori, era articolata sulle due classiche distanze dei 25 metri con la pistola e dei 300 metri con il fucile, con l'inserimento della competizione a coppie «lui e lei» che ha visto la presenza di ben 12 coppie.

Nella categoria pistola 50 metri, si impone Peter Morosi di Pro Militia (99 punti), davanti a Ivo Fontana (96 punti) e Carlo Schirrmeyer (94 punti). La competizione a coppie denominata «lui e lei» è stata vinta dalla coppia Valeria Morandi e Romano Luiselli con 150 punti.

La distanza lunga, quella della categoria fucile 300 metri, ha visto al primo posto Romano Luiselli dell'ASSU (93 punti), che ha preceduto gli esponenti di Pro Militia Olindo Bacciarini (90 punti) e Erwin Kurzo (86 punti).

Verteidigungsdepartement

Neues Stationierungskonzept der Armee Medienmitteilung vom 26. November 2013 [Auszug]

Das vom Bundesrat gutgeheissene Stationierungskonzept sieht vor, dass die Armee künftig auf einen Drittel der Immobilien verzichten muss. Die Eckwerte des Parlamentsbeschlusses vom 29.9.2011 bildeten die Rahmenbedingungen dazu. Mit Rücksicht auf die militärischen und betriebswirtschaftlichen Kriterien, sowie einer guten regionalen Verankerung der Armee, wurde ein Entwurf erarbeitet in welchem alle Vorgaben optimal berücksichtigt werden.

Die eidgenössischen Räte haben am 29. September 2011 in einem Bundesbeschluss festgehalten, dass die Armee künftig einen Sollbestand von 100 000 Angehörigen und einen Ausgabenplafond von 5.0 Milliarden Franken pro Jahr haben soll. Diese Werte wurden vom Bundesrat bestätigt (5.0 Mrd ab 2016). Damit diese Vorgaben eingehalten werden können und genügend Mittel für Investitionen und Betrieb zur Verfügung stehen, muss massiv gespart werden. Insbesondere die Immobilien fallen ins Gewicht, da hier jährlich grosse Instandhaltungs- und Betriebskosten entstehen. Aus diesem Grund muss der heutige Immobili-

enstand um mehr als einen Drittel reduziert werden.

Bei der Festlegung der künftigen Standorte der Armee wurden in erster Linie militärische, aber auch betriebswirtschaftliche Kriterien und regionale Auswirkungen der Stationierung berücksichtigt. Im Vordergrund standen die Notwendigkeit der Immobilien für einen doktrinkonformen Einsatz und die Ausbildung, aber auch die Instandhaltungs- und Mietkosten, sowie der Erneuerungsbedarf. Zudem wurden auch die mit militärischen Aktivitäten häufig verbunden Immissionen berücksichtigt. Trotz massiver Budgetkürzungen gelang es dem VBS die Vorgaben umzusetzen und alle Regionen gleichermaßen zu gewichten. Dazu arbeitete das VBS bei den Lösungsansätzen eng mit den betroffenen Kantonen zusammen.

Verzichtet werden muss gemäss heutigem Entwurf des Stationierungskonzeptes auf zahlreiche klassifizierte unterirdische Anlagen in der ganzen Schweiz. Die Schliessung dieser klassifizierten Anlagen wird dem Parlament in einer separaten Botschaft, parallel zur Änderung des Militärgesetzes,

vorgelegt. Ferner wird auf den Militärflugplatz Sion verzichtet. Die Flugplätze in Buochs und Dübendorf, welche bereits heute nur reduziert betrieben werden (Sleeping Bases), werden ebenfalls aufgegeben, wobei Dübendorf noch als Helikopterbasis weiterbestehen wird. Ebenfalls verzichtet wird auf die Waffenplätze Fribourg, Genf, Moudon, Lyss und St-Maurice, sowie die Unterkünfte und Schiessplätze Glaubenberg, Brigels und Glurigen.

Damit werden mit der Umsetzung des Stationierungskonzeptes längst fällige Schliessungen aus früheren Armeeumformungen aufgearbeitet.

Weiteres Vorgehen

Die Kantone können nun bis Ende Januar 2014 zum aktuellen Entwurf des Stationierungskonzeptes Stellung nehmen. Danach wird das Konzept soweit als möglich bereinigt. Die definitive Fassung wird der Bundesrat zusammen mit der Botschaft zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee behandeln.

Pro Militia

73 Prozent Nein zur Initiative der Armeeabschaffer gegen die Militärdienstpflicht

Medienmitteilung vom 22. September 2013

Pro Militia dankt dem Schweizer Stimmvolk für sein Bekenntnis zur Militärdienstpflicht und fordert Verbesserungen in Ausbildung und Bereitschaft!

Die Vereinigung Pro Militia dankt dem Schweizer Stimmvolk für seinen klaren Vertrauensbeweis in die Milizarmee mit Militärdienstpflicht. Pro Militia dankt insbesondere allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die sich persönlich und finanziell eingesetzt haben für ein Nein zur Unsicherheits-Initiative der Armee-Abschaffer.

Pro Militia fordert den Bundesrat auf, seine Vorlage zur Revision der

Militärgesetzgebung und zur sogenannten Weiterentwicklung der Armee (WEA) grundlegend zu überarbeiten. Finanzielle Basis dafür muss ein Ausgabenplafond von mindestens 5 Milliarden Franken sein.

In erster Dringlichkeit hat das VBS die wichtigsten und längst erkannten Mängel der Armeeumformung XXI in Ausbildung (Rekruten- und Kadernschulung), Ausrüstung (Lücken schliessen) und Bereitschaft (Mobilmachung) ohne weiteren Verzug zu beseitigen. Dazu bedarf es keiner Änderung des Militärgesetzes, sondern des politischen Willens von Bundesrat sowie der Führung von VBS und Armee.

Was will Pro Militia?

Pro Militia ist eine Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee sowie von Bürgerinnen und Bürgern, die im Sinne von Artikel 6 der Bundesverfassung zur «Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft» beitragen. Sie alle setzen sich ein für die Äussere und die Innere Sicherheit unseres Landes und daher für eine verfassungsmässige, bedrohungsgerechte, glaubwürdige und entsprechend finanzierte Milizarmee. Hauptzweck der Vereinigung ist die Herausgabe der gleichnamigen, dreisprachigen und unabhängigen Zeitung.

Vereinigung ehemaliger und eingetretener Angehöriger der Schweizer Armee
Association d'anciens Militaires et de Militaires Incorporés de l'Armée Suisse
Associazione di ex militari e di militari incorporati dell'Esercito Svizzero



Generalsekretariat VBS
Recht VBS
Maulbeerstrasse 9
3003 Bern
recht-vbs@gs-vbs.admin.ch

Epalinges / Steinen, 16. Oktober 2013

Schreiben VBS vom 26.06.2013: Vernehmlassung „Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee (WEA) – (Umsetzung des Armeebereiches 2010)“: Pro Militia weist die Vorlage zur grundlegenden Überarbeitung zurück!

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie erhalten nachfolgend die Vernehmlassungsantwort von Pro Militia, gegliedert in unsere wichtigsten Anträge (nachstehend) sowie als Beilagen die Bearbeitung der Änderung der Rechtsgrundlagen. Weiter liegen bei ein Vergleich der Führungsstrukturen der Armee je gemäss WEA und Pro Militia, die Bedeutung der Armeeargumentation (AO) und eine vergleichende Übersicht zwischen den bisherigen und den vorgeschlagenen Rechtsgrundlagen.

1. Mängelbeseitigung

In erster Dringlichkeit und ohne Zeitverzug sind die längst bekannten und militärisch unbestrittenen Mängel zu beheben. Ausbildung: Rekrutenschule (zweimal pro Jahr) von 18 Wochen für alle, Kader verdienen ihren jeweils letzten Grad ab. Ausrüstung: Lücken schliessen; Einsatzbereitschaft: erhöhen. Dafür genügen die bestehenden Rechtsgrundlagen, das heisst Militärgesetz (MG) und parlamentarische Verordnung AO erfordern keine Revision.

2. Verfassungsmässigkeit

In der Botschaft an die Räte muss die Verfassungsmässigkeit der Vorlage im Einzelnen belegt werden. Die staatsrechtlichen Gutachten „Schindler“ (1999), „Rhinow“ (2003), „Lienhard / Häsel“ (2007), „Schweizer“ (2010) und das Werk „Salladin“ (2012) sind auszuwerten. Diese Forderung gilt insbesondere für Art. 2 Abs. 1 (Freiheit, Unabhängigkeit, Sicherheit), Art. 3, 52, 57, 58 (Militärprinzip, Verteidigung), 173 Abs. 1 Bst. a und b, Art. 185 Abs. 1, 2 und 4 BV (äussere und innere Sicherheit, Unabhängigkeit, Neutralität).

3. Sicherheitspolitische Ausgangslage

Die sicherheitspolitische Ausgangslage und die Notwendigkeit der Vorlage sind zu klären. Gemäss Vorlage gilt für Phase I (2016-2020) der SIPOL B 2010 und der Armeebereich 2010 und für Phase II nach 2020 der aktualisierte SIPOL B 2014/15. Grundlegend neue Aussagen werden kaum zu erwarten sein. Zweckmässig wäre deshalb, die Vorlage, beziehungsweise die Botschaft mit sicherheitspolitischen Vorgaben zu ergänzen. Sind die Vorgaben unklar, so ist die WEA auf Massnahmen zu beschränken, die davon nicht betroffen sind.

4. Bedrohungsmöglichkeiten

Die heutigen und künftigen Bedrohungsmöglichkeiten und deren Beurteilung bezüglich Eintrittswahrscheinlichkeit und insbesondere Gefährlichkeit müssen für die WEA massgebend sein. Die vielfältige Bedrohungslage erfordert koordinierte Massnahmen im Sicherheitsverbund Schweiz und eine für alle verfassungsmässigen Aufgaben und gegen alle strategischen Bedrohungen beweglich einsetzbare Armee.

1

11. Führungsorganisation

Die militärische Führungsorganisation – Führungsstrukturen der Armee – ist gemäss Beilage 2 zu dezentralisieren, zu straffen, zu vereinfachen und auf den Einsatz auszurichten. Die Truppenorganisation muss militärverträglich gestaltet sein. Die jetzigen (Gebirgs-) Infanteriebrigaden sind zu belassen. Die operativ-strategische Schulung ist bezüglich Aufgabe und Stellung wieder zu ihrer früheren Bedeutung und Wirkung sowie zum Vollamt aufzuwerten.

12. Wiederholungsbare (WIO / Diensttage)

Die vorgeschlagene Zweiwochen-Dauer der WK ist militärisch umstritten. Sie ist unter Einbezug erfahrener Truppenkommandanten praktisch zu überprüfen. Grundsätzlich sind sechs dreiwöchige WK notwendig. Die Anzahl Diensttage sind die Summe von erforderlicher Ausbildung und angeordneten Einsätzen. Auch deshalb dürfen die Diensttage – rein aus finanziellen Gründen – nicht willkürlich auf fünf Millionen begrenzt werden.

13. Armeeargumentation (AO)

Die Verordnung der Bundesversammlung über die Organisation der Armee ist beizubehalten, gegebenenfalls gemäss unseren Anträgen zu ändern und zu erweitern. Siehe Beilage 3!

14. Milizarmee und Kadernachwuchs

Die Milizarmee und ihr innerer Zusammenhalt (Korpsgeist) erfordern Kontinuität und ertragen keine dritte einschneidende organisatorische Umkreiselpung innerhalb von zehn Jahren. Die geplanten nunmehr rund 100 Bataillone / Abteilungen beschränken sowohl die Weiterausbildungsmöglichkeiten der Miliz- als auch der Berufssoldatinnen und damit den Kadernachwuchs. Eine überarbeitete Vorlage muss das Ergebnis der Volksabstimmung vom 22. September 2013 berücksichtigen und auf die Armeemitglieder als militärdienstpflichtige Bürger-Soldaten ausgerichtet sein. Dazu gehören auch die militärischen Milizvereinigungen als Trägerinnen der freiwilligen ausserdienstlichen Ausbildungs- und Informationsfähigkeit.

15. Begriffsbestimmungen

Die Vorlage beziehungsweise die Botschaft an das Parlament ist mit dem Glossar aus dem Armeebereich 2010 zu vervollständigen. Dieses Glossar ist mit jedermann verständlichen Begriffsbestimmungen zu ergänzen, die in Übereinstimmung mit zivilen Definitionen zu formulieren sind (zum Beispiel asymmetrischer und hybrider Krieg, Verteidigung, schwerwiegende Bedrohung der Inneren Sicherheit).

Mit freundlichen Grüessen

Pro Militia, Ko-Präsidenten

KKdt a D Jean Abt

KKdt u D Simon Küchler

Beilagen

1. Beurteilung der Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee (WEA)
2. Vergleich der Führungsstrukturen der Armee: „WEA“ versus „Pro Militia“
3. Die Bedeutung der Verordnung der Bundesversammlung über die Organisation der Armee (Armeeargumentation, AO) mit graphischer Darstellung
4. Änderungen 510.10 MG sowie 513.1 AO: Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

3

5. Verteidigungsfähigkeit

Die verfassungsmässige Verpflichtung zur Verteidigung, die bedrohungsunabhängig besteht, ist jederzeit einzuhalten. Ein sogenannter Aufwuchs ist finanziell und zeitlich unrealistisch. Die Verteidigung ist und bleibt zentrale Existenzberechtigung („Raison d'être“) für die Armee. Die Verteidigungsfähigkeit steht im Mittelpunkt und muss sichergestellt werden. Sämtliche Truppen sind für diese Aufgabe auszubilden und auszurüsten, auch die gesamte Infanterie.

6. Verteidigungsbereitschaft / Doktrin

Das Leistungsprofil der Armee, das heisst die militärischen Fähigkeiten der Truppe, haben der Bedrohungsbeurteilung zu entsprechen. Das Bereitschaftssystem der Armee ist von der Aufgabe Existenzsicherung auf die Aufgabe Verteidigung zu erweitern. Die Doktrin muss für die ganze Armee und deren Aufgaben und Einsätze einheitlich und umfassend sein.

7. Sicherungseinsätze

Sicherungseinsätze müssen schwergewichtig auf die verfassungsmässige Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der Inneren Sicherheit ausgerichtet sein. Bei der Bewältigung anderer ausserordentlichen Lagen sind zivile Behörden von Bund und Kantonen subsidiär zu unterstützen. Im Rahmen von Hilfeleistungen bei zivilen oder ausserdienstlichen Tätigkeiten darf die Armee Aufträge, die Polizeigewalt voraussetzen, nicht übernehmen.

8. Finanzielle Ausgangslage

Die finanzielle Ausgangslage ist zu klären: Differenzen zwischen Parlament und Bundesrat, KAPG 2014, Parlamentarische Vorstösse (z. B. Motion SK N 12.3963 sowie Motion NR Leo Müller 13.3568: Gesetzliche Grundlage für einen Mehrgesetzrahmensystem). Pro Militia erwartet vom Parlament, dass es seinen Mehrheitsbeschluss bezüglich Finanzen durchsetzt: Bundesbeschluss (BB) zum Armeebereich 2010 vom 29.09.2011. Der Ausgabenpland der Armee hat mindestens fünf Milliarden Franken (plus Teuerung) zu betragen, einschliesslich Tiger-Teilersatz. Die Nachteile eines allfälligen Ausgabenplandes von 4,7 (mit Tiger-Teilersatz, TTE) bzw. von 4,4 Milliarden Franken (ohne TTE) sind aufzuzeigen. Die Vorlage ist primär finanzgesteuert und berücksichtigt die Sicherheit der Schweiz ungenügend. Die Finanzierung der Armee ist im MG grundsätzlich zu regeln. Es ist eine mehrjährige Finanzierung vorzusehen (zum Beispiel für vier Jahre), basierend auf einem einfachen Bundesbeschluss. Auf diese Weise ist die finanzielle und materielle Planungssicherheit zu erhöhen, auch zugunsten der schweizerischen Wehrtechnik-Industrie im Dienste der Armee. Mittelfristig ist für die Armeefinanzierung ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes vorzusehen.

9. Sollbestand der Armee

Der in der Vorlage durch den BB vom 29.11.2011 auf 100'000 herabgesetzte Bestand der Armee steht in einem Missverhältnis zu deren verfassungsmässigen Aufgaben, zu den möglichen Bedrohungen vor allem der Inneren Sicherheit und zum Militärprinzip. Die Bestandeszahlen müssen sorgfältig überprüft werden. Dabei sind die Auswertungen der Übungen PROTECTOR (2009), AEROPORTO (2010) und STABLO DUE (2012) erkennlich in die Vorlage einzubeziehen, vor allem bezüglich Durchhaltefähigkeit und Ablösungen im Einsatz über 7 Tage mal 24 Stunden. Nach unserer Beurteilung benötigt die Armee zur Erfüllung ihrer verfassungsmässigen Aufgaben einen Sollbestand von mindestens 120'000 Armeemitgliedern und zusätzlich eine ausreichende personelle Reserve im bisherigen Umfang.

10. Standortkonzept / Ausserdienststellung

Die allfälligen Auswirkungen der WEA sind je nach Ausgabenpland darzustellen. Die Vorlage muss das Standortkonzept und dessen wahrscheinliche Auswirkungen insbesondere auf die Rand- und Bergregionen ausweisen (Anzahl Wallenplätze, Flugplätze und Arbeitsplätze). Der in der Vorlage angekündigte Abbau an militärischem und zivilem Personal sowie die Ausserdienststellung von Rüstungsgütern (Motion SR Paul Niederberger 11.4135) einschliesslich Ersatzbeschaffungen sind genau darzulegen. Die zurzeit nicht benötigte Armeefrühjahrstruktur (Kampf, Logistik, Schutz, Verbindung und Übermittlung) ist nur stillzulegen, unter Vermeidung von Stillstandsschäden zu erhalten, jedoch nicht zurückzubauen.

2

Randbemerkung

Plant das VBS wirklich die Armee der Zukunft?

In den Vernehmlassungsunterlagen zur sogenannten WEA (Weiterentwicklung der Armee) sowie in Medienverlautbarungen legte das VBS seine Vorstellungen über die Weiterentwicklung der Armee (WEA) dar. Einige Zeitungen übernahmen den Wortlaut des VBS und sprachen beim Beginn der Vernehmlassung von einer «Armee der Zukunft». Argus widerspricht diesem Anspruch mit Vehemenz. Selbstverständlich muss eine Armee in erster Linie den Bedrohungen der Gegenwart gerecht werden. Jedoch gerade weil ein Aufwuchs zur Verteidigungsfähigkeit Jahre dauert und Milliarden kostet, darf eine Armee der Zukunft die Verteidigungsfähigkeit nicht so sträflich vernachlässigen, wie dies nun unter Verletzung der Bundesverfassung mit der WEA geschieht.

Ich zitiere als Kronzeugen für eine Analyse der «Bedrohungen heute» den früheren Generalinspekteur der Deutschen Bundeswehr und langjährigen Vorsitzenden des Nato-Militärausschusses in Brüssel, General Harald Kujat. Gegenüber der «Neuen Luzerner Zeitung» skizzierte er vor Jahresfrist das Bedrohungsspektrum wie folgt:

- das grösste Risiko ist die Ungewissheit;
- die Zerstörung der Lebensgrundlagen kann Anlass zu Kriegen werden;
- der Kampf um Wasser und Ressourcen kann zu Kriegen führen;
- Migration und ethnische Konflikte innerhalb einzelner Staaten sind Anlass zu Kriegen mit Gefahr zur Eskalation oder Intervention von Aussen;
- Cyber-Kriminalität.
- Die klassische Bedrohung bleibt: Religiöse Radikalisierungen in Afrika, im Nahen und im Fernen Osten können zu kriegerischen Konflikten führen und auch auf andere Kontinente übergreifen.

Für das VBS existiert diese klassische Bedrohung kaum, da sie gegenwärtig für Europa (noch) nicht spürbar ist. Aber weiss das VBS, wie die Lage in Nordafrika und im Nahen Osten in 10 bis 20 Jahren aussieht? Wohl kaum. Und darauf hat das VBS auch keine Antworten. Deshalb ist die WEA eine Armee der Gegenwart und leider keine Armee der Zukunft, was sie aufgrund des zeitlosen verfassungsmässigen Auftrags sein müsste. Das ist die feste Überzeugung von

Argus.

Buchempfehlungen

Heinrich L. Wirz

Arthur Liener: Wie erlebte der nachmalige Generalstabschef Militär, Miliz und die Innerschweiz?

Mit tiefgründigem Humor erinnert sich Arthur Liener seiner militärischen Laufbahn vom Kanonierrekruken über den Milizoffizier bis zum Korpskommandanten und hebt seine persönlichen Beziehungen zur Innerschweiz hervor.

Ob er überhaupt legitimiert sei, in der Buchreihe *Die Innerschweiz auf dem Weg ins Heute* über Militär und Miliz zu schreiben, fragt sich der Autor. Der Titel sollte eher lauten «Fünzig Jahre Erinnerungen, Beobachtungen, Erfahrungen und Beurteilungen der Innerschweiz auf dem Weg ins Heute – aus der Sicht eines militärisch geprägten Innerschweizers. Seine militärische Ausbildung habe ihm drei Erkenntnisse gebracht, für die er noch heute dankbar sei. Erstens habe er ein grosses Segment der schweizerischen männlichen Bevölkerung aus praktisch allen Schichten kennengelernt. Zweitens habe er unser Land durch die vielen Militärdienste auch abseits der Autobahnen sehr intensiv begehrt und erfahren, erleben und verstehen lernen dürfen – «nicht nur in militärischer, sondern ebenso in kultureller und kulinarischer Hinsicht». Drittens habe er sich durch ungezählte Lagebeurteilungen und Befehlsredaktionen eine mit der Zeit in Fleisch und Blut übergegangene Denkmethode angeeignet, die «mir auch im nichtmilitärischen Bereich immer wieder überaus dienlich war.» Gelieben seien Freundschaften sowie Einsichten in Land und Leute, aber auch das Wissen um zu lösende Probleme und drückende Sorgen. Wenn er jedoch an die Veränderungen in allen Lebensbereichen unseres Landes denke, befallt ihm eine gewisse Angst, und er frage sich: «Tun wir das Richtige, und tun wir's auch recht?»

Anschaulich schildert Arthur Liener seinen beruflichen und militärischen Werdegang, aufgelockert mit persönlichen Erlebnissen aus seiner Zeit als Kommandant der Festungsbrigade 23 – Gotthardbrigade – (1987-1990) und als Generalstabschef (1993-1997). In der Folge vertieft der Autor das Thema *Die Innerschweiz und das Militär* und betrachtet den Militäreisenbahndienst, die militarisierte Schifffahrt, das Militär und seine künstlerische Selbstdarstellung, die für das Militär notwendige Architektur, die Literatur und das Militär sowie die musikalische Seite des Militärs. Im Kapitel *Das Militär als Integrationswert* werden neben der problemlosen konfessionellen, gesellschaftlichen und politischen Durchmischung der militärischen Verbände auch die in den höheren Stäben eingeteilten zwei Feldprediger erwähnt. Diese seien in der Armee des 21. Jahrhunderts zu «Armeeseelsorger» umbenannt worden. «Für diese Neufassung mag es gute Gründe geben, aber ich kann sie trotzdem nicht nachvollziehen.»

Arthur Liener ist überzeugt, dass die Zwangsgemeinschaft Militär im Verlauf der letzten 150 Jahre Entscheidendes dazu beigetragen habe, dass sich die Gegensätze der Konfessionen, der Regionen, der

Kulturen und der Sprachregionen abbauten und zusammenfanden. «Die Schweizer Armee als Schmelztiegel der Nation?» Wohl kaum, aber es sei nicht von der Hand zu weisen, dass die militärische Dienstleistung «nicht nur für eingessene Schweizer, sondern auch für die *Secondos* zu einem besseren gegenseitigen Verständnis führt».

Der ursprüngliche Milizoffizier erwähnt die einschneidenden Massnahmen der Armeereform XXI für die Innerschweiz und den Verzicht auf die kantonale Militärhoheit. Er bedauert, dass die kantonalen Innerschweizer Füsiliere- und Gebirgsfüsilierebataillone verschwunden sind, weil damit eine wichtige föderale Verwurzelung der Armee weggefallen ist. Bei allem Verständnis für die Verkleinerung der Armee wären traditionsbewusste Lösungen möglich gewesen. «Ob all der aktuellen Hektik und des Gerangels um unsere Verteidigung scheint nicht nur die Politik zu übersehen, dass es letztlich um die langfristige sicherheitspolitische Zukunft unseres Landes geht.»

Arthur L. Liener: Erlebte Miliz

132 Seiten, broschiert.
Buchreihe «Innerschweiz auf dem Weg ins Heute», Band 7.
Albert Koechlin Stiftung AKS,
Luzern 2012.
ISBN 978-3-905446-11-1
Verkaufspreis Fr. 27.–



Konrad Stamm: Der «grosse Stucki» – Eine schweizerische Karriere von weltmännischem Format – Minister Walter Stucki (1888-1963)

Personen- und Quellenverzeichnis,
420 Seiten, 96 schwarz-weiße
Abbildungen, gebunden.
Verlag Neue Zürcher Zeitung,
Zürich 2013.
ISBN 978-3-03823-812-6
Verkaufspreis Fr. 48.–

Vom gleichen Autor: Marokko-Müller – Ein Schweizer Oberst im Reich des Sultans (1907-1911) Eine Tatsachenerzählung

384 Seiten, 28 schwarz-weiße
Abbildungen, gebunden.
Verlag Neue Zürcher Zeitung,
Zürich 2008.
ISBN 978-3-03823-456-2
Verkaufspreis Fr. 48.–
Sonderpreis Fr. 24.–

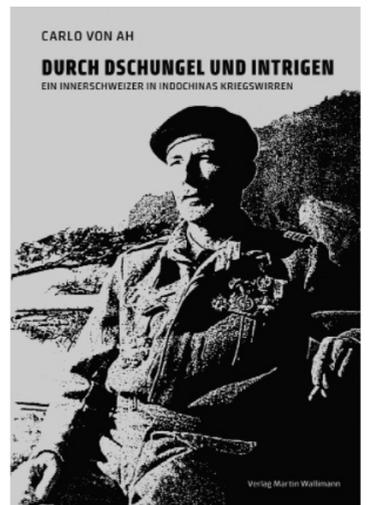
Der Innerschweizer Hans Imfeld als französischer Oberst in Indochinas Kriegswirren

Carlo von Ah zeichnet mit generalstäblicher Genauigkeit erstmals das abenteuerliche Schicksal und das zu frühe Sterben des bisher kaum bekannten Obwaldners Hans Imfeld (1902-1947) auf, der Frankreich liebte und schon als Jugendlicher ein hoher Offizier werden wollte.

Er stützt sich dabei auf Quellen im In- und Ausland, unter ihnen Originalbriefe und die vier Tagebücher von insgesamt 800 Seiten, deren geheime Stenographie er decodierte. Er befragte Zeitzeugen und bereiste Indochina, um dessen wenig bekannte Geschichte während und nach dem Zweiten Weltkrieg mit den unglaublichen Erlebnissen Hans Imfelds zu verknüpfen. Durch seine Mutter, eine gebürtige Französin, zog es ihn nach dem Handelsdiplom in Freiburg 1922 nach Frankreich. Er wurde Doppelbürger und bestand als Klassenbester die Offizierschule in Fontainebleau (Ile-de-France). Als Berufsoffizier trat er in die französische Kolonialarmee ein mit Verwendungen in Tunesien und Syrien, später in Vietnam. 1943 der Widerstandsbewegung von General Charles de Gaulle angehörig, wurde er durch das Vichy-Régime in Abwesenheit zum Tode verurteilt. 1943-44 war er mit einer Mission in China betraut und anschliessend, nach einer Fallschirmjäger-Ausbildung in Indien, erneut in Vietnam. Dort musste er als Stabsoffizier 1945 die Niederlage Frankreichs gegen die Japaner erleben. Diesen entzog er sich als Guerillaführer

mit seiner Truppe in unmenschlich harten Kämpfen durch den Dschungel nach Nordlaos. Nach der Kapitulation Japans 1945 eroberte er die Königsstadt Luang Prabang. General Charles de Gaulle persönlich bestimmte Hans Imfeld als obersten Vertreter Frankreichs in Laos und beauftragte ihn, das französische Kolonialreich wieder zu errichten. Auf der Gegenseite standen die Vietminh sowie andere vorwiegend kommunistische Gruppierungen. Französische Offiziere brachten ihn mit ihren Intrigen zu Fall, so dass er 1947 von seiner politisch-militärischen Führungsfunktion enthoben wurde. Durch seine Vorgesetzten kaltgestellt, verbitterte er zunehmend und zog sich mehr und mehr von der Welt zurück. 1947 wurde er im Auftrag des Vietminh in Saigon hinterrücks ermordet – einen Tag vor seiner Rückkehr nach Frankreich und irrtümlich, weil er mit einem anderen französischen Offizier verwechselt worden war.

Hans Imfeld war eine tragische Persönlichkeit, zerrissen von militärischem Ehrgeiz und katholischer Frömmigkeit sowie hohen Ansprüchen an Selbstdisziplin und Offizierssehre. Er beschränkte jedoch seine Beurteilungs- und Handlungsfähigkeit durch übermässigen Opiumkonsum. Mit missionarischem Eifer verfolgte er seine Aufgabe, das französische Kolonialreich in Indochina «zum Wohle der Einheimischen» zu stärken, wie er sich ausdrückte. Der französische Oberst wurde 1946 zum Ritter der Ehrenlegion



Frankreichs und Grossoffizier vom königlichen Orden von Laos ernannt und 1947 in Saigon beige-setzt. 1949 wurden seine sterblichen Überreste exhumiert, in die Schweiz übergeführt und in Sarnen mit militärischen Ehren ein zweites Mal bestattet. Sein Grab bei der Pfarrkirche St. Peter und Paul besteht nicht mehr. Was bleibt, ist die eindrückliche Lebensbeschreibung durch Carlo von Ah.

Carlo von Ah: Durch Dschungel und Intrigen – Ein Innerschweizer in Indochinas Kriegswirren

373 Seiten, 8 Abbildungen,
gebunden.
Verlag Martin Wallimann,
Alpnach 2013.
ISBN 978-3-905969-30-6
Verkaufspreis Fr. 29.–

Die Laufbahn von Minister Walter Stucki als Erfolgsgeschichte eines hervorragenden Schweizer

«Erfülle all'Tag deine Pflicht, denn etwas Höheres gibt es nicht!» Dieses Motto Walter Stuckis (1888-1963) von 1935 zieht sich wie ein roter Faden durch das über 400seitige Werk des Berner Historikers und Publizisten Konrad Stamm.

«In der Geschichte unseres kleinen Landes gibt es zu Zeiten jeder Generation eine oder höchstens zwei Persönlichkeiten, die auf ihrem Lebensweg das Schicksal der Schweiz durch ihre Fähigkeiten, durch ihr Handeln [...] massgeblich zu beeinflussen und zu verbessern vermochten. Minister Stucki war eine dieser aussergewöhnlichen Persönlichkeiten», dankte Bundesrat Max Petitpierre an der Abdankungsfeier. Warum?



Die Laufbahn von Walter Stucki vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg bleibt sowohl für heutige Begriffe als auch für die damalige Zeit absolut aussergewöhnlich (Auszug): Bernischer Fürsprecher, international tätiger Wirtschaftsanwalt, Direktor der Handelsabteilung im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement, Chefunterhändler für alle Wirtschaftsverträge, Nationalrat (FDP/BE), Gesandter der Schweiz in Frankreich, Vermittler zwischen Kriegsparteien im Zweiten Weltkrieg (1939-1945), Leiter der Abteilung für Auswärtiges im Eidgenössischen Politischen Departement, technisch-organisatorischer Vermittler der Kapitulation Japans, Delegierter des Bundesrates für Spezialmissionen, Leiter der Schweizer Delegationen bei den Verhandlungen zum Abschluss des Washingtoner Abkommens und an der Welthandelskonferenz in Havanna, Verwaltungsrat von Industrieunternehmen.

Walter Stucki mit seiner aufrechten Haltung und seinen klaren Worten gegenüber den meist ausländischen Verhandlungspartnern – oft mehr Verhandlungsgegner – hätte in der Schweiz breite Zustimmung erhalten, «identifizierte man sich als Schweizer Bürger doch viel lieber mit der Siegermentalität des 'grossen Stucki' als mit der von vorneherein auf Kompromisse und Rückzüge ausgerichteten Haltung jener

Schweizer Diplomaten, die sich selbst gerne [...] als 'verantwortungsvoll vorsichtig agierend' bezeichnen und die vor allem darauf ausgingen, den Widersacher nicht zu reizen, nicht vor den Kopf zu stossen.» Von ganz anderem diplomatischen Kaliber, hätte er als unbestechlicher Anwalt der Schweiz deren legitime Interessen mit Kopf und Herz hart ringend vertreten, allen Schwierigkeiten und Widerständen zum Trotz.

Als Ehemann und Vater zweier Kinder blieb Walter Stucki neben persönlichen Tiefpunkten auch von familiären Schicksalsschlägen nicht verschont. So starb sein Sohn krankheitsbedingt bereits mit 25 Jahren, und sein Schwiegersohn verunglückte tödlich im Alter 37 beim Bersteigen. Als Milizoffizier beendet er seine militärische Laufbahn zugunsten beruflicher Pflichten im Grad eines Oberstleutnants der Artillerie. Auf dem Aussichtspunkt Ballenbühl bei Konolfingen erinnert seit September 2013 eine Bronze-Gedenktafel an den Kämpfer, der «für die Schweiz in schweren Zeiten an lebenswichtigen Fronten im diplomatischen Einsatz» stand. Dementsprechend begründet Konrad Stamm im Epilog seiner meisterhaft geschriebenen und eingängig zu lesenden Lebensbeschreibung von Walter Stucki: «Warum diese Biografie geschrieben werden musste.»

Bonny Stiftung für die Freiheit

Alt Nationalrat und früherer Präsident von Pro Militia gründete am 17. Mai 2013 seine Stiftung für die Freiheit.

Aristoteles prägte vor 2400 Jahren für den Menschen den Begriff des «Zoon politikon» = «politisches Lebewesen». Wenn auf jemand diese Bezeichnung in besonderer Masse zutrifft, dann auf den 82-jährigen alt Nationalrat Jean-Pierre Bonny. Heute hat die Bezeichnung von Aristoteles leider zwei Facetten: Einerseits die «politischen Lebewesen», die alles regulieren möchten, das Individuum seiner Selbstverantwortung berauben und den Staat zu einem Versorgungsstaat umfunktionieren. Dazu im Gegensatz stehen jene «politischen Lebewesen», die überzeugt sind, dass Innovation, gesunder Wettbewerb und damit eine blühende Marktwirtschaft die Grundlage bilden für eine florierende Gesellschaft und damit für den Wohlstand für alle.

Jean-Pierre Bonny hat sich in seiner amtlichen und politischen Tätigkeit immer für diese freiheitlichen Werte und Lösungen eingesetzt. Dieser Aspekt scheint heute weltweit und vor allem in Europa im Schwinden zu sein. Alles soll staat-

lich reguliert und «geordnet» werden; vielfach auch eine von den Medien vertretene Tendenz. Damit geht der Schweiz ein wesentliches Charakteristikum verloren, die Freiheit. Jean-Pierre Bonny möchte mit seiner Stiftung «gegen diesen Strom schwimmen» und Signale setzen in der Hoffnung, dass die verantwortlichen Organe der Stiftung sich auch künftig engagieren für die Aufrechterhaltung unserer Freiheiten.

Zweck der Stiftung

Jean-Pierre Bonny stellt ein Stiftungskapital von 10 Millionen Schweizer Franken zur Verfügung mit folgenden konkreten Zielsetzungen:

- Unterstützung von Projekten und Bestrebungen von natürlichen Personen und Organisationen, welche die freiheitlichen und liberalen Werte fördern, namentlich die persönliche und wirtschaftliche Freiheit, gepaart mit Selbstverantwortung.
- Jährliche Vergabe eines «Preises für die Freiheit» von maximal 100 000 Franken an eine Person oder Institution.

Verantwortlich für die Stiftung ist der Stiftungsrat mit Jean-Pierre Bonny als Präsident, Dr. Beat

Brechbühl als Vizepräsident und Geschäftsführer, sowie den weiteren Mitgliedern Gerold Bühler und Etienne Jornod.

Erster Preis vergeben

Der Schweizer Wirtschaftspublizist Beat Kappeler erhielt am 29. August 2013 den mit 100 000 Franken dotierten «Preis für die Freiheit» an einer besonderen Feier mit mehreren Hundert Besuchern in Bern. Kappeler wurde für seinen jahrzehntelangen Einsatz «mit spitzer Feder und klarem Kopf» für den freien Wettbewerb und eine freiheitliche Gesellschaft geehrt. Der im Berner Hinterkappelen wohnhafte 66-jährige Sozialwissenschaftler und Doktor honoris causa wirkte von 1977 bis 1992 als Sekretär des Schweizer Gewerkschaftsbundes und fiel bereits dort als liberaler Vor- und Querdenker auf. In dieser Funktion traf er auf den damaligen BIGA-Direktor Jean-Pierre Bonny und kreuzte mit ihm die Klingen. Kappelers marktwirtschaftliche Thesen zielten nicht nach links oder rechts, sondern vorwärts, betont er immer wieder selbst. Er wirkte in zahlreichen wirtschaftspolitischen Kommissionen des Bundes und schrieb Bücher.

Es ist anzunehmen, dass er sich heute auf Grund der vielen Erfahrungen zum liberalen Rechtsstaat bekennt. Kappeler legt Wert auf einen freien Arbeitsmarkt und eine hochstehende Bildung. Insbesondere befürwortet er unser duales System der Berufsbildung. Er ist ein gefragter und gewitzter Debattierer. Seine wirtschaftspolitische Kolumne für die NZZ am Sonntag sowie die regelmässigen Beiträge für «Le Temps» gelten bei vielen Lesenden als Pflichtlektüre.

Publikation zum Auftakt

Zu allererst publizierte die Stiftung eine sehr lesenswerte Broschüre von alt Bundesrat Kaspar Villiger zum Thema «Krise in Europa und Wohlstand in der Schweiz?». Er befasst sich eingehend mit den wirtschaftlichen Problemen in Europa und mit dem wachsenden Überdross der Schweiz an ihren Stärken. Diese Broschüre ist zur Lektüre bestens zu empfehlen. Sie kann mit dem abgebildeten Bestelltalon kostenlos und ohne Versandkosten bestellt werden.

Simon Kuchler

Kein Truppenbesuch 2013

Nach den beiden sehr anschaulichen Truppenbesuchen der letzten zwei Jahre auf St. Luzisteig und in Bure, die von den teilnehmenden Mitgliedern sehr geschätzt worden waren, konnte in diesem Jahr leider keine Besichtigung stattfinden. Auf Wunsch der Teilnehmer der letzten beiden Jahre haben wir versucht, einen Besuch bei der Luftwaffe zu organisieren. Diese hat uns angeboten, ein Fliegerabwehr-Schiessen in Glurigen (Wallis) zu besuchen.

Zwei Gründe haben uns bewegen zu verzichten: Der Besuch wäre erst Ende November möglich gewesen, und die frühe Anreise nach Glurigen hätte vielen interessierten Besuchern zeitliche Schwierigkeiten bereitet. Im nächsten Jahr finden grössere öffentliche Jubiläums-Veranstaltungen der Luftwaffe statt. Wir werden versuchen, Zutritt zu einer Hauptprobe einer solchen Veranstaltung zu erhalten und bitten um Verständnis für unseren Verzicht in diesem Jahr.

Simon Kuchler, Ko-Präsident Pro Militia.

Krise in Europa und Wohlstand in der Schweiz? <small>KASPAR VILLIGER</small>	Der Aufsatz von alt Bundesrat Kaspar Villiger mit dem Titel «Krise in Europa und Wohlstand in der Schweiz?» kann kostenlos und portofrei bei der Stiftung bezogen werden.
«Vom gefährdeten Wohlstand Europas und vom wachsenden Überdross der Schweiz an ihren Stärken» Die Bonny Stiftung für die Freiheit fördert die freiheitlichen und liberalen Werte und das Unternehmertum, namentlich die persönliche, souveräne und wirtschaftliche Freiheit gepaart mit Selbstverantwortung. Zum Auftakt ihrer Tätigkeit publiziert die Stiftung eine Broschüre mit einem Aufsatz von Kaspar Villiger.	BONNY STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT Effingerstrasse 1, 3001 Bern / Fax: 090 200 35 11 info@bonnystiftung.ch
«Eine gründliche und schonungslose Analyse der Situation der Schweiz und Europas aus liberaler Warte» (Jean-Pierre Bonny über den oben publizierten Aufsatz von Kaspar Villiger)	Bitte senden sie mir _____ Exemplare an folgende Adresse: Name/Vorname: _____ Adresse: _____ PLZ/Ort: _____

Adressänderungen

Aufruf an unsere Leserschaft

Die Post sendet nach Ablauf der Nachsendefrist das an Sie adressierte Exemplar der Zeitung Pro Militia zurück und meldet uns Ihre neue Adresse nicht mehr. Bitte teilen Sie daher Ihre allfälligen Adressänderungen frühzeitig an die im Impressum (Seite 8 unten) angegebene E- oder Post-Adresse mit!

Sie sichern sich damit den lückenlosen Empfang Ihrer Zeitung Pro Militia. (Red.)

Werden Sie Mitglied von Pro Militia! Devenez membre de Pro Militia! Diventate soci di Pro Militia!

Anmeldetalon nur für Neumitglieder
Uniquement pour de nouvelles admissions
Da utilizzare solo dai nuovi soci

Name / nom / cognome

Vorname / prénom / nome

Geburtsdatum / date de naissance / data di nascita

Strasse Nr. / rue n° / via n°

PLZ, Wohnort / NPA, domicile / NPA, domicilio

Datum / date / data

Unterschrift / signature / firma

Bitte einsenden an/renvoyer s.v.p. à:
Pro Militia
Postfach/Case postale 369; 3000 Bern 14
Postkonto/compte postal 30-31912-9

Jahresbeitrag Fr. 25.– / Cotisation annuelle frs. 25.–. Nach Einzahlung meines ersten Jahresbeitrags erhalte ich das Vereinsabzeichen / L'insigne de l'Association me sera envoyé dès le paiement de ma première cotisation annuelle

Dal Ticino e dal Grigioni italiano spedire p. f. a:
Pro Militia, Sezione della Svizzera Italiana
Alessandra Isotta, Via dei Sindacatori 5, 6900 Massagno
Conto postale 69-1062-5

Tassa sociale annua fr. 30.–. Il distintivo dell'Associazione mi sarà spedito dopo il pagamento della mia prima tassa sociale annua.

Impressum

23. Jahrgang/23e année/
23° anno

Erscheint vierteljährlich/
Paraît trimestriellement/
Trimestrale

Nummer/Numéro/Numero
4/2013, 16.12.2013

Abschlussdatum/Date de clôture/
Data di chiusura: 06.12.2013

Druckauflage/Tirage/Tiratura:
5000

Nummer/Numéro/Numero
1/2014
Redaktionsschluss/
Délai de rédaction/
Termine di redazione:
03.02.2014

Erscheinungsdatum/
Date de parution/
Data di pubblicazione:
24.02.2014

ISSN 1662-5560

www.promilitia.ch

Pro Militia

Herausgeber/Editeur/Editore Pro Militia

Vereinigung ehemaliger und eingetragener Angehöriger der Schweizer Armee/Association d'Anciens militaires et de militaires incorporés de l'Armée Suisse/Associazione di ex militari e di militari incorporati dell'Esercito Svizzero

Ko-Präsidenten/co-présidents/
co-presidenti:
Jean Abt, Simon Kuchler
Presidente Sezione della Svizzera Italiana (SSI): Angelo Polli

Vorsitzender Zeitungskommission/
Président commission du journal/
Presidente commissione del giornale: Martin Chevallaz

Chefredaktor/Rédacteur en chef/Caporedattore:

Ad interim: Heinrich L. Wirz
redaktion@promilitia.ch
Ab Nummer/A partir du numéro/
Dal numero 01/2014:
Martin Fricker
martin.fricker@martinfricker.ch

Bundeshausredaktor/
Correspondant parlementaire/
Corrispondente parlamentare:
Heinrich L. Wirz,
heinrich.l.wirz@bluewin.ch

Geschäftsstelle/Secrétariat/ Ufficio

Postfach/Case postale/Casella postale 369, 3000 Bern 14
sekretariat@promilitia.ch
Postkonto 30-31912-9

Druck und Versand/ Impression et expédition/ Stampa e spedizione:

Stämpfli Publikationen AG,
Postfach, 3001 Bern

Copyright © Pro Militia

Alle Rechte vorbehalten/
Tous droits réservés/
Tutti i diritti riservati

